

Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Borgfeld	28357 Bremen, 30. November 2008 Borgfelder Landstr. 21		
Legislaturperiode 2007-2011, Protokoll, lfd.-Nr. 22 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates Borgfeld			
Datum: 11. November 2008	Beginn: 19.30 Uhr	Ende: 22.50 Uhr	Sitzungsort: Ernst-Klüver-Halle
Teilnehmer: Ortsamt: 0AL, Vorsitzender, Beirat: die Damen Clüver, Piontkowski die Herren Bramsiepe, Ilgner, Dr. Linke, Schilling, Stief			
<u>Tagesordnung:</u> 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.9.2008 3. Wünsche und Anregungen der Bürger/innen 4. Neuer Routenplan Linie 32 (Hierzu Herr Nussbaum, Frau Langhorst, BSAG) 5. Beirätegesetz (Stellungnahme der Fraktionen) 6. Stiftung Wohnliche Stadt, Fördermittel 2009 (Anträge: Pflasterung Borgfeld-Mitte; Denkmal Jan-Reiners-Brücke) 7. Anträge des Beirates (Biogasanlage in Lilienthal-Seebergen. Bündnis 90/Die Grünen) 8. Mitteilungen			

Herr **Neumann-Mahlkau** eröffnete die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßte die Erschienenen.

### **TOP 1:**

Die Tagesordnung wurde einstimmig mit der Maßgabe genehmigt, dass als neuer TOP 5 das Thema „Jugendgewalt in Borgfeld“ auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

### **TOP 2:**

Das Protokoll der Sitzung des Beirates vom 30.9.08 wurde einstimmig genehmigt.

### **TOP 3:**

**Herr Schuhmacher** führte an, dass er Vermessungsarbeiten in der Straße „Hinter dem großen Dinge“ festgestellt habe. Er fragte weiter, ob bekannt sei, warum diese erfolgen würden. Außerdem fragte er, ob ein vierspuriger Ausbau des Hamfhofsweges geplant sei. **Herr Neumann-Mahlkau** erklärte, dass das Ortsamt dem nachgehen werde und dass ihm nicht bekannt sei, dass der Hamfhofsweg vierspurig ausgebaut werden solle.

**Frau Piontkowski** gab an, dass sich der Beirat immer dafür eingesetzt habe, dass am Hamfhofsweg ein Fuß- und Radweg, insbesondere auch für die vielen Kinder, die zum SC Borgfeld mit dem Rad fahren würden, gebaut wird. Von einem vierspurigen Ausbau der Straße sei auch ihr nichts bekannt.

**Frau Voss** beklagte, dass die Fußwege in der Bekassinenstraße, insbesondere aber auch der Verbindungsweg vom Distelkamp zur Bürgermeister-Kaisen-Allee zu dunkel seien. Außerdem sei der Weg in einem schlechten, die Verkehrssicherheit gefährdenden Zustand. Ältere Leute hätten Probleme, auf diesem Weg zu gehen. Sie habe schon einmal jemanden aus dem Beirat darauf angesprochen.

**Frau Piontkowski** sagte, dass sie diese Problematik bereits vor einem Jahr dem ASV im Rahmen einer Ortsbegehung weitergegeben habe. Leider sei bislang nichts passiert. Sie kenne die Wege dort, diese seien tatsächlich in einem schlechten Zustand. Sie werde das Thema erneut aufgreifen und auf eine zeitnahe Lösung drängen.

#### **TOP 4:**

Frau **Julia Langhorst** und Herr **Nussbaum** von der BSAG stellten das Ergebnis einer Untersuchung zur Linie 32 vor.

Eine Umfrage unter den Fahrgästen, die von Frau Langhorst im Auftrag der BSAG durchgeführt worden sei, habe ergeben, dass ca. 100 Fahrgäste pro Tag die Linie 32 nutzen würden. 50 würden an der Haltestelle Daniel-Jacobs-Allee in die Linie 4 umsteigen. Etliche hätten beklagt, dass sie morgens den Anschluss an die Linie 4 nicht erreichen würden, weil die Linie 32 Verspätung habe.

Man habe nach Möglichkeiten gesucht, die Attraktivität der Linie 32 zu steigern. Dafür habe man alternative Fahrtrouten (siehe die Routenpläne in der Anlage) geprüft, die eine Erschließung des Upper Borg und von Borgfeld-West mit einschließen würden. Gerade die Erschließung von Upper Borg würde aber bedeuten, dass die Haltestelle Louise-Böhm-Weg aufgegeben werden müsste, was eine der meist frequentierten Haltestellen sei.

Man habe auch den Vorschlag des Seniorenbeauftragten Johannes Huesmann geprüft, der eine Erschließung von Borgfeld-West und eine andere Routenführung in Alt-Borgfeld beinhalte. Dieser Vorschlag würde bedeuten, dass entweder ein zusätzliches Fahrzeug benötigt werde oder aber der bisherige 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt umgestellt werden müsse. Untersuchungen hätten aber ergeben, dass es bei einem 30-Minuten-Takt 32 % weniger Nutzer gäbe. Das sei nicht gut.

Es sei auch zu bezweifeln, ob ein Bedarf für eine Erschließung von Borgfeld West durch die Linie 32 zum jetzigen Zeitpunkt bestehe, da die jetzigen Wohngebiete dort durch die Linie 4 recht gut erschlossen seien. Man könne langfristig allenfalls über eine Erschließung des Hamfhofswegs nachdenken.

Ein Problem sei auch die Katrepeler Landstraße, wo der Bus aufgrund der dort parkenden Autos immer wieder Wartezeiten habe.

Im Ergebnis kamen die Vertreter der BSAG zu dem Schluss, dass die Linienführung der Linie 32 so bleiben solle wie sie derzeit ist. Es bestehe jedoch Verbesserungsbedarf bei der Vermarktung der Linie 32.

Im Verlauf der anschließenden Diskussion wurde aus dem Publikum geäußert, dass keine Notwendigkeit für die Linie 32 in Borgfeld bestehe. Der Busfahrer tue ihnen leid, weil häufig keine Gäste im Bus sitzen würden.

Ein Besucher regte eine Verbindung der Linienführung nach Oberneuland an.

**Frau Piontkowski** sagte, sie würde den Bus regelmäßig nutzen. Sie halte ihn auch für eine gute Möglichkeit, um zur Linie 4 zu kommen. Gerade wenn man Gepäck dabei habe oder bei schlechtem Wetter sei es wichtig, den Bus nutzen zu können. Problematisch sei jedoch, dass der Bus in den Abendstunden und am Sonntag nicht fahre. Außerdem regte sie an, dass Hinweise auf Anschlussmöglichkeiten an die Linie 32 an den Haltestellenplänen der Linie 4 angebracht würden.

Der Seniorenbeauftragte des Beirates, **Herr Huesmann**, sagte, der Bus sei gerade für Senioren und junge Mütter sehr wichtig. Die Borgfelder sollten ihn haben, einen solchen Bus zu haben. Man habe sich auch in seiner Zeit als Ortsamtsleiter von Ortsamt und Beirat immer für einen Beibehalt des Busses eingesetzt.

**Herr Dr. Linke** äußerte sein Unverständnis über die Äußerungen aus dem Publikum, dass der Bus unerwünscht sei. Der Bus stelle einen ganz besonderen Service dar, auf den man stolz sein solle. Er habe noch nie gehört, dass ein Bus von der Bevölkerung abgelehnt würde.

**Herr Ilgner** schlug vor, die Anregungen zur Linienführung und zur Serviceverbesserung der Buslinie 32 festzuhalten und gemeinsam mit Herrn Huesmann sowie Herrn Nussbaum von der BSAG eine Lösung im Ausschuss I zu erarbeiten. Dem Vorschlag stimmte der Beirat zu.

### **TOP 5:**

**Herr Neumann-Mahlkau** führte in das Thema ein. Ein Bewohner von Borgfeld-Ost, Herr Bruns, habe nach einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen am vergangenen Freitag eine erhebliche Verletzung im Gesicht davongetragen.

**Frau Piontkowski** erklärte, dass es sich bei dem Geschädigten Bruns um ihren Nachbarn handele. Dieser habe am letzten Samstag morgen bei ihr vor der Tür gestanden und erhebliche Verletzungen im Gesicht gehabt. Sie habe ihn dann gefragt, was geschehen sei. Daraufhin habe er ihr folgendes berichtet: Am Freitag, den 7.11.08, gegen 23.30 Uhr hätten mehrere Jugendliche an seiner Haustür „Sturm geläutet“. Er hätte bereits geschlafen. Die Jugendlichen hätten ihn beschimpft und aufgefordert herauszukommen. Außerdem hätten sie an seinem vor dem Haus abgestellten Auto gerüttelt und hätten eine Flasche zwischen die Fenster seines und des Nachbarhauses (Doppelhaus) geworfen. Er habe dann die Polizei angerufen, die den Fall jedoch als bloße Ruhestörung eingeschätzt habe und gesagt habe, dass es dauern könne, bis ein Wagen vorbeikomme. Er sei dann heruntergegangen und habe einen Jugendlichen, der auf der Straße gegenüber auf einem Stein saß, angesprochen. Er habe die Hand auf dessen Schulter gelegt und gesagt „Du bleibst jetzt hier bis die Polizei kommt!“. Dann habe er nur noch Fäuste gesehen und sei von mehreren Jugendlichen zusammengeschlagen worden. Einige Jugendliche hätten ihn dann weggezogen. Er habe dann erneut die Polizei angerufen und angegeben, dass er nunmehr zusammengeschlagen worden sei. Der Notrufsprecher habe dann

mit etwas Unverständnis reagiert. Schließlich seien aber mehrere Polizeiwagen erschienen und hätten auch einige der Jugendlichen festgenommen. Herr Bruns habe den Eindruck gehabt, als ob es ca. 40 Minuten gedauert habe, bis die Polizei vor Ort gewesen sei. Sie habe sich aber inzwischen erkundigt und erfahren, dass es von dem ersten Anruf bis zum Erscheinen der Polizei vor Ort lediglich 20 Minuten gedauert habe. Herr Bruns sei heute operiert worden. Er habe einen Trümmerbruch des Orbitabogens. Man habe ihm eine Metallplatte einsetzen müssen, die ein halbes Jahr drin bleiben müsse, um den Knochen zu stabilisieren.

Vorangegangen sei nach den Angaben von Herrn Bruns ein Vorfall mit einem älteren Ehepaar, den Eheleuten Pötzing. Diesen sei Herr Bruns am 4.11.08 zu Hilfe geeilt, als sie von Jugendlichen bedrängt worden seien. Es sei der Eindruck entstanden, dass die Aktion vom Freitagabend eine Art „Vergeltungsaktion“ für das Eingreifen von Herrn Bruns am Dienstag gewesen sei. Frau Piontkowski vertrat die Auffassung, dass Herr Bruns als Opfer die Solidarität der Borgfelder verdiene. Gleichzeitig dürfte der Vorfall aber auch nicht zum Anlass für eine Pauschalverurteilung aller Jugendlicher genommen werden.

**Frau Piontkowski** erklärte, dass der Vorfall in den letzten Tagen sehr durch die Presse gegangen sei. In der Bevölkerung bestehe eine gewisse Sorge um die eigene Sicherheit. Ihr sei es wichtig, dass sich der Beirat damit befasse, ohne allerdings in der Beiratssitzung eine Hauptverhandlung vorwegzunehmen. Das sei Sache der Gerichte. So etwas dürfe nie wieder in Borgfeld passieren. Den Tätern müsse klar gemacht werden, dass ein solches Verhalten in Borgfeld nicht geduldet werde.

**Herr Neumann-Mahlkau** begrüßte zu diesem TOP den Inspektionsleiter der Polizeiinspektion Ost, Herrn Backhaus. **Herr Backhaus** gab einen kurzen Überblick über den Stand der Ermittlungen, soweit dies in der Öffentlichkeit möglich ist. Er sagte, dass die Tatbeteiligten von der Polizei ermittelt worden seien und die Vernehmungen liefen. Der Geschädigte Christoph Bruns sei noch nicht vernommen worden, da er sich im Krankenhaus befinde. Die Polizei sei nach dem zweiten Anruf von Herrn Bruns innerhalb von sieben Minuten vor Ort gewesen. Herr Backhaus lobte ausdrücklich die Zivilcourage die Herr Bruns gezeigt habe. Er gab an, dass alle Beteiligten an der Auseinandersetzung zu Gesprächen bereit seien. Es ginge jetzt darum, im Sinne des Konzeptes „Stopp der Jugendgewalt“ schnell zu intervenieren, eine Gefährderansprache zu halten und die Jugendgerichtshilfe einzubeziehen. Er räumte ein, dass der Vorfall von dem Notrufsprecher der Polizei zunächst nicht korrekt einsortiert worden sei.

**Herr Backhaus** gab an, dass Borgfeld kein Kriminalitätsschwerpunkt sei. Im Jahre 2008 seien die Delikte in Borgfeld im Vergleich zu Bremen im unteren Bereich gewesen. Es gäbe ein bis zwei Körperverletzungen im Monat. Man solle den Vorfall nicht überbewerten. In Borgfeld gäbe es keine Jugendbanden. Gleichwohl werde die Polizei in der kommenden Zeit aufgrund des Vorfalls verstärkte Präsenz- und Überwachungsmaßnahmen in Borgfeld fahren. Er sprach sich für die Einrichtung eines „runden Tisches“ in Borgfeld unter Einbeziehung der Jugendlichen, der Vereine und des Beirates aus.

**Herr Ilgner** lobte ausdrücklich die Arbeit der Polizei. Er hob hervor, dass es unterschiedliche Werte in den Generationen gebe. In Borgfeld gebe es auch angesichts des Vorfalls keine Bedrohungslage. Er führte aus, dass Zivilcourage auch eine Grenze habe. Er warnte davor, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

**Herr Dr. Linke** sagte, eine abschließende Bewertung des Ereignisses sei derzeit noch nicht möglich. Er hob hervor, dass die Tat offenbar eine Vorgeschichte habe, die das Geschehen in einem anderen Licht darzustellen lasse. Das habe er vorher nicht gewusst. Deshalb habe er auch eine zunächst beabsichtigte Pressemitteilung nicht in Umlauf gegeben.

**Herr Stief** sagte, er habe Probleme mit den Äußerungen von Herrn Ilgner. Man müsse hier zur Kenntnis nehmen, dass eine gefährliche Körperverletzung eine gefährliche Körperverletzung bleibe. Ein Problem seien die nächtlichen Revierschließungen, die in Zusammenhang mit der Polizeireform von dem damaligen Innensenator Herrn Röwekamp umgesetzt wurden. Der Staat solle sich um seine Kernkompetenzen kümmern.

**Frau Piontkowski** warnte davor, dass Opfer zum Täter zu machen, wie es in den Äußerungen von Herrn Ilgner angeklungen sei. Sie wies darauf hin, dass jedermann nach § 127 StPO ein Festnahmerecht bis zum Eintreffen der Polizei habe, wenn er jemanden bei einer Straftat auf frischer Tat betreffe.

**Herr Lührsen**, ein Nachbar, äußerte, dass die Jugendlichen in der Tatnacht präsent und bedrohlich gewesen seien. Ein Nachbar sei der Polizei entgegengegangen und habe fünf Minuten gewartet. Er habe die Situation dann der Polizei geschildert, die daraufhin Verstärkung angefordert habe. Er äußerte die Vermutung, dass auch Waffen im Spiel gewesen seien.

**Herr Dirk Kothe** wies darauf hin, dass der Spielplatz Kiebitzbrink ein Konfliktherd sei. Die Leute nicht zu scharf anzufassen sei nicht richtig. Einige der Jugendlichen seien der Polizei bekannt. Mit Besorgnis habe er festgestellt, dass die ehemalige Jugendstrafanstalt wie ein Dornröschenschloss zuwachse.

**Herr Tobias Dreeke** gab an, dass er in der Tatnacht dabei gewesen wäre. Er sei Zeuge in dem Verfahren. Er gab an, die Jugendlichen hätten Flaschen geworfen. Herr Bruns sei daraufhin aus dem Haus gekommen und auf einen Jugendlichen losgegangen. Er habe ihn am Kragen gepackt. Er meint, der erste Schlag sei von Herrn Bruns ausgegangen. Die Situation sei dann eskaliert. Er habe Herrn Bruns weggezogen und versucht ihn zu beruhigen. Seines Erachtens würde die Situation in der Öffentlichkeit überzogen dargestellt. Die Öffentlichkeit habe das Recht, die ganze Geschichte zu hören.

**Herr Backhaus** gab auf Frage aus dem Publikum an, dass es sich bei den beteiligten Jugendlichen um ehemalige Jugendliche aus Borgfeld bzw. solche, die noch eine Borgfeld-Bezug hätten, handeln würde.

**Herr Ersan** von VAJA gab an, dass es sich bei dem Vorfall um einen Einzelfall gehandelt habe. Borgfeld sei ein sicherer Stadtteil. Er selber werden den Spielplatz Kiebitzbrink aufsuchen und mit den Jugendlichen reden. Er zeigte sich aber skeptisch, ob die Jugendlichen, die auf den Spielplatz gingen, auch ins Jugendfreizeitheim gehen würden. Schließlich wollten sie unbeobachtet bleiben. Sie wollten auch, wenn sie mal einen trinken würden, nicht immer einen Sozialarbeiter an ihrer Seite haben.

**Frau Fiege** mahnte zum Hingucken bei Straftaten. Sie rief dazu auf, alles zu melden, das habe sie selber auch getan. Der Spielplatz Kiebitzbrink sei ein Dauerbrenner. Ggf. müsse man überlegen, den Unterstand, der den Jugendlichen als Treffpunkt diene, abzubauen. Es müsse aber auch ein Platz für die Jugendlichen gefunden werden. Problematisch sei, dass das Jugendfreizeitheim Freitag- und Samstagabend nicht geöffnet habe.

Ein Anwohner sagte, seines Wissens sei der Spielplatz für Kinder und ihre Eltern da. Stattdessen würden an der Bude auf dem Spielplatz Kiebitzbrink um 2.30 oder 3.30 Uhr Jugendliche sein, Bier trinken und laut sein. Die Anwohner wollten dann schlafen. Die Bude müsse weg. Am Denkmal sei auch schon mal ein Anwohner mit dem Messer angestochen worden. Er sagte, auch die Anwohner wollten ernst genommen werden.

Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Kirchengemeinde Borgfeld sagte, die Jugendlichen müssten auch einen Platz haben, wo sie hin könnten. Es sei zu spät, wenn erst jetzt mit allen Beteiligten gesprochen werde.

**Dr. Pawlik**, Leiter des Sozialzentrums Ost, sagte, der Unterstand auf dem Spielplatz sei extra für die Jugendlichen gebaut worden. Er sagte, Borgfeld sei ein ruhiger Stadtteil. Beschwerden gäbe es immer. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe habe ein Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ erarbeitet. Er sagte, er sei als Partner bereit, sich an zukünftigen Gesprächen zu beteiligen.

**Herr Haupt**, Leiter des Polizeireviers Horn, gab an, dass bestimmte Themen wie der Fensterbohrer oder die Jugendgewalt die Leute immer wieder auf die Barrikaden bringen würden und zu vollen Sälen führen würden. Zu den anderen Sitzungen würden aber immer nur die üblichen Verdächtigen kommen. Am Ehrenmal sei auch schon mal einer angestochen worden. Der Spielplatz am Kiebitzbrink habe niemanden gestört. Die Polizei habe die Jugendlichen überall weggedrückt, überall würden sie stören. So könne es auch nicht weitergehen. Er warb dafür, Vereinbarungen mit den Jugendlichen zu treffen.

**Herr Ersan** gab an, dass das Jugendfreizeitheim an 4 Tagen in der Woche geöffnet sei. Dort würden eine 20-/eine 12-/ und eine 6-Stunden Kraft arbeiten. Im Jahre 2009 würden nach derzeitigem Stand ca. 5.000 € fehlen, um den jetzigen Standard zu halten. In keinem Freizeitheim werde mit alkoholisierten Jugendlichen gearbeitet.

**Herr Dreyer** aus Lilienthal gab an, dass die Politik nur wegschauen. Die Strafen seien ein Witz. Die Polizei habe auch Angst. Das sei ein Problem in Bremen.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde von Besuchern auch eingeworfen, dass der Unterstand auf dem Spielplatz Kiebitzbrink nicht abgebrochen werden solle. Die Notwendigkeit von Gesprächen wurde von allen Beteiligten hervorgehoben.

**Frau Piontkowski** führte abschließend an, dass der Vorfall zum Nachteil von Herrn Bruns vielschichtige Aspekte habe. Einerseits müssten die Täter, die für das Geschehen verantwortlich seien, konsequent und schnell für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden. Sie begrüßte es weiter, dass die Polizei bereits reagiert habe und schwerpunktmäßige Kontrollen in Borgfeld durchführe. Sie forderte weiter die Einrichtung eines runden Tisches. Hier sollten alle Beteiligten, nämlich die

unmittelbar betroffenen Nachbarn, die Jugendlichen, VAJA, Ortsamt, Beirat, Polizei und das Amt für Soziale Dienste an einen Tisch geholt werden. Dabei sollten sowohl die berechtigten Sorgen der Nachbarn als auch die Anliegen der Jugendlichen, einen Platz zum Treffen zu finden, zur Sprache kommen und einem Ausgleich zugeführt werden. Sie forderte eine Kultur des Hinschauens. Wenn in der Umgebung eine Straftat passiere, sollte man hinsehen und wachsam sein. Es könne nicht sein, dass ein Mitbürger für das Zeigen von Zivilcourage verprügelt werde. Frau Piontkowski vertrat außerdem die Auffassung, dass das Freizeitangebot für Jugendliche in Borgfeld verbessert werden müsse. Es könne nicht sein, dass hier ein Freizeitheim für Jugendliche gebaut würde, das aber am Freitag- und Samstagabend, wenn es die Jugendlichen am dringendsten benötigten, geschlossen sei. Hier sei die Sozialsenatorin gefordert. Schließlich müsse man auch diskutieren, ob der Unterstand auf dem Spielplatz Kiebitzbrink sinnvoll sei.

**Herr Ilgner** forderte, dass die bestehenden Instrumente des Konzepts "Stopp der Jugendgewalt" genutzt werden, um den Fall einer Eskalation der Gewalt in seinen Ursachen zu klären und gemeinsam mit den zuständigen Stellen nach zukunftssträchtigen Lösungen zu suchen. Es bedarf keiner Einrichtung eines neuen Gremiums. Ziel muss sein, alles zu tun, damit solche Vorfälle in Zukunft verhindert werden, die unterschiedlichen Gruppen in unserem Stadtteil Perspektiven haben und gewaltfrei miteinander umgehen.

#### **TOP 6:**

**Herr Neumann-Mahlkau** erklärte, dass die Fraktionen eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf des Beirätegesetzes erarbeitet hätten, die schriftlich vorliege (siehe Anlage). Nur in einigen wenigen Punkten gäbe es abweichende Meinungen.

**Herr Ilgner** stellte die abweichenden Meinungen dar. Er gab an, dass es unterschiedliche Auffassungen zu der Frage gebe, ob ein Beiratsmitglied sein Mandat verliere, wenn es seine Wohnung in einen anderen Beiratsbereich verlege. Der Gesetzesentwurf sehe dies vor, die CDU stimme dem auch zu. Die übrigen Parteien (SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) seien dagegen der Meinung, dass ein Beiratsmitglied sein Mandat behalten solle, wenn es in einen anderen Beiratsbereich umziehen würde. **Herr Stief** sagte, insbesondere kleine Parteien, die nicht so viele Nachrücker/innen auf der Liste hätten, würden durch die vorgesehene Regelung benachteiligt. Herr Ilgner sprach sich darüber hinaus für Vertretungsregelungen auch im Beirat aus, wenn ein Mitglied länger als 3 Monate abwesend ist.

**Frau Piontkowski** sagte, die CDU sei der Auffassung, dass in das Beirätegesetz aufgenommen werden solle, dass der Beirat als die gewählte Volksvertretung ein Vetorecht bei der Auswahl eines Kunstwerkes haben sollte. Ähnliche Äußerungen hätte die Staatsrätin Emigholtz anlässlich der Einweihung der „Fleetflicken“ in Borgfeld gemacht. Gerade die Auswahl der „Fleetflicken“, um die es Streit gegeben habe und auf die sie von vielen Bürger/innen bereits mit negativer Stellungnahme angesprochen worden sei, habe gezeigt, dass eine größere Mitbestimmung des Beirates sinnvoll sei. Dabei könnte eine Vorauswahl durchaus durch eine fachliche Kommission erfolgen. Wenn aber am Ende 3 Kunstwerke von einer solchen Fachkommission als künstlerisch wertvoll bewertet worden seien, sollte doch auch

die Bevölkerung, die der Beirat als gewähltes Organ repräsentiere, ein entscheidendes Mitspracherecht haben. Die anderen Parteien (SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) sprachen sich dafür aus, dass der Beirat nur ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Auswahl des Standortes für ein solches Kunstwerk haben solle. **Herr Stief** betonte, die Politik solle aus der Kunst herausgehalten werden, damit habe es in der Vergangenheit schon schlechte Erfahrungen gegeben.

**Herr Stief** führte an, dass die FDP gegen ein Rederecht der Beiratssprecher in der Bürgerschaft sei. Dort sollten nur die Abgeordneten reden, es gäbe genug Möglichkeiten für den Beirat, seine Position, auch in den Deputationen, darzustellen. **Frau Piontkowski** erklärte, dass die in dem Gesetzesentwurf eröffnete Möglichkeit eines Rederechtes für Beiratssprecher in der Bürgerschaft doch eine sehr gute Möglichkeit sei, den Positionen des Beirates mehr Gewicht zu verschaffen. Die Sitzungen der Stadtbürgerschaft würden von der Öffentlichkeit und damit auch der Presse ganz anders verfolgt als die Deputationssitzungen. Dort seien die Beiräte in der Vergangenheit häufig mit ihren Stellungnahmen abgebügelt worden. In der Bürgerschaft könnten sich die Beiräte mehr Gehör verschaffen. **Herr Ilgner** schloss sich dieser Auffassung für die SPD ebenfalls an.

Auf Vorschlag von Herrn **Dr. Linke** wurden die unterschiedlichen Ansichten der Fraktionen nicht abgestimmt, sondern werden als Anhang zu der Stellungnahme zum Beirätegesetz hinzugefügt.

### **TOP 7:**

Herr Neumann-Mahlkau stellte die zwei vorliegenden Anträge des Beirates Borgfeld an die Stiftung Wohnliche Stadt vor.

1. Pflasterung Borgfeld-Mitte: Hier ginge es darum, dass vor der neuen Geschäftszeile (ehemaliges Butjer-Gebäude) eine Pflasterung erfolgen solle. Derzeit bestehe der Fußweg dort aus einem anlehmigen Weg, der nicht verkehrssicher sei. Gerade für ältere Menschen oder Mütter mit Kinderwagen sei es schwierig, dort zu gehen.
2. Denkmal Jan-Reiners-Brücke: Hier soll über die Stiftung Wohnliche Stadt der Sockel für das Erinnerungstück „Brückenbogen“ (ein Teil der bereits abgerissenen Jan-Reiners-Brücke) finanziert werden.

Die Ausbesserung des Kuhweideweges solle zudem aus Mitteln des Dorferneuerungsprogramms erfolgen, so Herr Neumann-Mahlkau. Der Weg sei in einem sehr schlechten Zustand. Herr Schilling bemerkte, dass dieser Weg bereits in früheren Zeiten mal aus Mitteln des Dorferneuerungsprogramms finanziert wurde.

Bei einer Enthaltung eines Betroffenen (Jürgen Schilling als Vorsitzender der Anlieger der Borgfelder Kuhweide) wurden die drei Anträge einstimmig beschlossen.

### **TOP 8:**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurden die beiden Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Biogasanlage in Seebergen und zur Baumschutzverordnung an



den Bauausschuss verwiesen. Herr **Dr. Linke** begründete die Anträge dennoch kurz und nahm dabei im wesentlichen auf die Ausführungen der anliegenden Anträge Bezug. Er sagte, 2/3 der Seeberger wären gegen diese industrielle Biogasanlage. **Herr Stief** bemerkte, dass er es schon etwas eigentümlich finde, dass ausgerechnet die Grünen gegen eine Biogasanlage seien.

### **TOP 9:**

Herr Neumann-Mahlkau teilte mit, dass demnächst die Aufstellung der von dem Seniorenvertreter des Beirats Borgfeld beantragten Sitzbänke erfolgen solle.

Außerdem solle auf Anregung eines Anwohners geprüft werden, ob ein weiterer Halter für die Geschwindigkeitsmessanlage des Beirates am Großen Moordamm angebracht werden könne. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel für die Halter wurden vom Beirat bewilligt.

F.d.R.d.P.



Gabi Piontkowski  
Beiratssprecherin  
Protokollführerin



Gernot Neumann-Mahlkau  
Ortsamtsleiter